



Bildungsbegehren Androsch warnt vor Bankrotterklärung

Sollten im Parlament nicht einmal jene Forderungen des Bildungsvolksbegehrens umgesetzt werden, die im Regierungspakt verankert sind und über die es im Sonderausschuss Einigkeit unter den Parteien gab, müsse die SPÖ erwägen, die Koalition aufzulösen, sagte Begehrensinitiator Hannes Androsch der APA. „Das Bildungsthema wäre es wert, einen früheren Wahltermin zu riskieren.“ Kurz vor der Endbehandlung des Volksbegehrens im Hohen Haus (am Donnerstag) hat Androsch brieflich an Regierungsspitze und Parlamentsparteien appelliert, durch Gesetzesinitiativen „eine Bankrotterklärung des Parlaments“ abzuwenden.



Ex-Vizekanzler will die Koalition sprengen

Androsch: Neuwahlen statt Bildungs-Stillstand

Androsch rät SPÖ: Sollten Regierung sprengen, wenn es keine Fortschritte gibt.

Die Schuld sieht Androsch mehrheitlich bei der ÖVP.

Wien. Harte Worte von Ex-SP-Vizekanzler Hannes Androsch: Er bekräftigt die Forderung nach Neuwahlen bei Blockade des Bildungsvolksbegehrens: „Das Bildungsthema wäre es wert, einen früheren

Wahltermin zu riskieren.“ Anfang Juni hatte Androsch im ÖSTERREICH-Interview gefordert: „Neuwahlen statt Stillstand in der Bildung“. Die Schuld am Stillstand der Bildungsreformen sieht Androsch mehrheitlich bei der ÖVP. Aber: Die SPÖ nehme Rücksicht. Wenn nichts gesche-



Androsch kämpft für seine Bildungsforderungen.

he, ist er sich sicher, werden bei der nächsten Wahl „rückwärtsgewandte Reformverweigerer“ vom Wähler abgestraft.



Androsch: Koalitionsende riskieren

Ex-SPÖ-Vizekanzler ortet ÖVP-Reformverweigerung beim Thema Bildung.

WIEN. Sollten im Parlament nicht einmal jene Forderungen des Bildungsvolksbegehrens umgesetzt werden, die im Regierungsprogramm verankert sind und über die es im eigens einberufenen Sonderausschuss Einigkeit unter allen Parteien gab, müsse die SPÖ eine Auflösung der Koalition erwägen. Das fordert der Initiator des Volksbegehrens, Ex-SP-Vizekanzler Hannes Androsch (SPÖ). „Das Bildungsthema wäre es wert,

einen früheren Wahltermin zu riskieren.“ Kurz vor der Enderledigung des Volksbegehrens im Parlament am Donnerstag hat Androsch noch einmal in einem Brief an Regierungsspitze und Parlamentsparteien appelliert, durch Gesetzesinitiativen

„Das Bildungsthema wäre es wert, einen früheren Wahltermin zu riskieren.“

HANNES ANDROSCH,
EX-SP-VIZEKANZLER



„eine Bankrotterklärung des Parlaments“ abzuwenden.

Kritik an GÖD und Pröll

Die Schuld für den Reformstillstand bei Bildungsthemen sieht er vor allem bei der ÖVP, „die aus der Teinfaltstraße (Anm.: GÖD) und St. Pölten (Anm.: Erwin Pröll) blockiert wird“. Die SPÖ wiederum nehme leider Rücksicht auf diese Verhältnisse. „Man sollte diesen Sprengsatz aufgreifen und zurück ins Feld werfen“, so Androschs Forderung. Denn er sei sicher, dass bei der nächsten Wahl „rückwärtsgewandte Reformverweigerer“ vom

Wähler abgestraft werden. In seinem Schreiben an Kanzler Werner Faymann (SPÖ), Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP), Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) sowie die Klubobleute und Bildungssprecher aller Parlamentsparteien warnt Androsch vor einer „Blamage und Bankrotterklärung des Parlaments“. Im Sonderausschuss hätten alle Fraktionen gefordert, endlich „Nägel mit Köpfen zu machen“, dennoch habe er seine Tätigkeit beendet, „ohne auch nur ein einziges konkretes Ergebnis zu formulieren“.



Kurz notiert

Koalition sprengen Sollten im Parlament nicht einmal jene Forderungen des Bildungsvolksbegehrens umgesetzt werden, die im Regierungsprogramm verankert sind und über die es im eigens einberufenen Sonderausschuss Einigkeit unter allen Parteien gab, müsse die SPÖ eine Auflösung der Koalition erwägen. Das fordert der Initiator des Volksbegehrens, Ex-SP-Vizekanzler Hannes Androsch.